DIE GRÜNEN Mettmann
Johannes-Flintrop-Straße 6
40822 Mettmann
fraktion@gruene-mettmann.de
www.gruene-mettmann.de

Mettmann, den 04.11.2026

Podiumsdiskussion BV Metzkausen am 04.11.2026
Fragen des BV und die von uns gegebenen Anworten

Frage 1: Wie steht Ihre Fraktion zu den geplanten Bauprojekten in und an der Kirchendelle: Supermarkt, Wohnbebauung, Straßen, Gesamtschule? (3 Minuten)

Uns ist sehr bewusst: Für viele hier im Saal ist die Kirchendelle nicht irgendeine Fläche. Da gehen Sie jeden Tag mit dem Hund, da sie und sind Ihre Kinder Schlitten gefahren als noch Schnee lag. Wer da einer Bebauung zustimmt, muss das gut begründen können. Das verstehe ich.

Wir haben in der Fraktion die Planungen an der Kirchendelle über mehrere Jahre hinweg kritisch verfolgt und beraten, viele E-Mails beantwortet und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern gesprochen. Wir treffen unsere Entscheidungen nicht leichtfertig – auch in der Fraktion gibt es zu der ein oder anderen Teilfrage unterschiedliche Meinungen. Bei einem sind wir uns aber einig: Eine schrittweise Bebauung der gesamten Kirchendelle lehnen wir ausdrücklich ab.

Zur Wohnbebauung: Den vier Mehrfamilienhäusern an der Straße „Auf dem Pfennig“ haben wir zugestimmt. Sie schließen direkt an die bestehende Bebauung an und runden den Siedlungsrand ab. In unserem Wahlprogramm steht, dass wir uns für ökologisches Bauen einsetzen, und genau das ist hier gefordert: Die Häuser müssen einen hohen ökologischen Standard erfüllen. Das Wäldchen bekommt mehr Platz, und die Ausgleichsfläche liegt direkt vor Ort, nicht irgendwo anders. Erreicht haben wir außerdem, dass städtebauliche Verträge, in denen der Vorhabenträger Infrastrukturfolgekosten übernimmt, in Mettmann zur Regel werden. Und ja, leider, eine Quote von 30 Prozent für geförderten Wohnungsbau hat keine Mehrheit gefunden. Da nerven wir weiter.

Zum Supermarkt: Hier ist noch nichts entschieden. Es gibt keinen Bebauungsplan, nur einen - jetzt neu gültigen - Flächennutzungsplan. Wir warten gespannt die weiteren Gutachten ab, vor allem die Verträglichkeitsuntersuchung, die ein Vorhabenträger vorlegen muss. Die Artenschutzprüfung sieht am Standort Konflikte, etwa bei Fledermäusen und Amphibien. Die müssen sauber geklärt sein, bevor wir entscheiden.

Zu den Straßen: Unsere Linie ist klar. Straßen nur so groß wie nötig, keine Straßen auf Vorrat. Wir wollten einen kleineren Wendehammer, der nicht in den Landschaftsraum ragt, und wir wollen, dass die ehemalige B7n endgültig aus den Plänen gestrichen wird. Dafür gab es bisher keine Mehrheit, aber wir bleiben auch da dran.

Zur Gesamtschule: Über viele Jahre wurde in Mettmann zu wenig in Schulen investiert. Gute Schulen sind eine Grundvoraussetzung für eine lebendige und lebenswerte Stadt, deshalb tragen wir ausdrücklich den Neubau mit. Entscheidend ist für uns aber auch, wie gebaut wird: ressourcenschonend, energieeffizient, mit emissionsarmen Materialien, erneuerbaren Energien und einem nachhaltigen Umgang mit Regenwasser.

Unser Fazit: Wohnraum und Schule ja, aber flächensparend und ökologisch. Eine Erschließung der ganzen Kirchendelle wird es mit uns nicht geben.

Frage 2: Welche Prioritäten setzt Ihre Fraktion bei städtischen Investitionen? Welche Projekte und welche Gesamtsumme an Ausgaben halten Sie in den nächsten fünf Jahren für unerlässlich?

Wir wollen, dass der Masterplan in den nächsten fünf Jahren - und darüber hinaus - planmäßig umgesetzt wird.

Der Masterplan ist ja keine Wunschliste. Er enthält die Bauvorhaben, die wirklich notwendig sind. Raumbedarf, Schüler*innenzahlen und Zustand der Gebäude wurden geprüft, übrig geblieben ist das Unverzichtbare. Wer da noch weiter kürzen will, kürzt nicht Luxus, sondern bei der Sicherheit und den Schulen unserer Kinder.

Über Jahrzehnte wurde in Mettmann zu wenig in Schulen und Infrastruktur investiert. Davon haben alle profitiert – ich, sie, wir alle, die hier sitzen - und zwar durch eine aus heutiger Sicht vergleichsweise niedrige Grundsteuer. Gespart wurde damit aber nicht. Wir haben die Kosten nur in die Zukunft verschoben, und diese Zukunft ist hier und heute - wir alle bekommen jetzt die Rechnung. Die Rechnung dafür sind marode Schulen, nicht eine hohe Grundsteuer.

Es sind die Kinder und Jugendlichen von heute, die in sanierungsbedürftigen Schulen lernen und gleichzeitig diese Rechnung von damals mitbezahlen sollen. Die Generationengerechtigkeit ist längst völlig aus dem Gleichgewicht geraten. – Kinder und Jugendliche demonstrieren heutzutage FÜR bessere Schulen und mehr Lehrpersonal!

Wir haben beide Varianten Seite an Seite legen lassen durch die Kämmerei: Masterplan gegen Streckung. Das Strecken spart dem Haushalt kaum etwas. Es lässt unsere Kinder dafür aber länger in maroden Gebäuden sitzen – und es macht das Bauen später teurer. Das ist kein Sparen. Das ist Verschieben auf Kosten der nächsten Generation.

Die Streckung war der ausdrückliche Wunsch des Bürgermeisters und der M.U.T. Das Ergebnis liegt seit Juni auf dem Tisch: kaum Ersparnis, aber Kinder, die länger in unseren maroden Gebäuden lernen.

Ich weiß, wie das ankommt. Gerade jetzt, wo Energie, Lebensmittel und Mieten ohnehin teurer geworden sind. Deshalb sagen wir nicht leichtfertig „ja“ zu höheren Steuern. Aber wenn wir die Schulen noch weiter verfallen lassen, zahlen wir am Ende noch mehr, bzw. unsere Kinder.

Wir hier alle wissen eines ganz sicher – alles wird teurer, das bedeutet: Später bauen kostet mehr Geld – für das gleiche Ergebnis. Jedes Jahr Verzögerung bedeutet höhere Baupreise, länger laufende teure Übergangslösungen und Gebäude, die weiter verfallen. Den Masterplan zu strecken, klingt nach Sparen, ist aber für die Stadt und ihre Bewohner*innen die teuerste Variante.

Wie schon gesagt, es kommt auch darauf an, WIE gebaut wird. Energieeffiziente, ressourcenschonende Gebäude senken die Betriebskosten über Jahrzehnte. Denn gutes Bauen heute spart uns und unseren Kindern morgen Geld. Und: wir erwarten, dass jeder verfügbare Fördereuro abgerufen wird.

Und eins ist mir wichtig, weil es oft falsch erzählt wird: Die Grundsteuer steigt nicht wegen der Schulen und des Masterplans. Die Kämmerei hat Masterplan und Streckung nebeneinandergelegt: Die Streckung hat kaum Auswirkungen auf den Haushalt und die Höhe der Grundsteuer. Das Defizit kommt woanders her. Bund und Land bestellen, der Kreis reicht seine Kosten weiter, und am Ende der Kette stehen wir. Wer jetzt bei den Schulen bremst, löst das Haushaltsproblem nicht, er bekommt nur schlechtere Schulen dazu.

Frage 3: Welche konkreten Vorschläge zur Reduktion der städtischen Ausgaben hat Ihre Fraktion? Um welche Summe lässt sich das Defizit dadurch senken?

Von allen Seiten hören und lesen wir die Rufe: Dann muss die Stadt eben sparen! Klingt gut. Geht aber nicht.

Wir können dieses Defizit nicht „wegsparen“. Dafür sind unsere freiwilligen Ausgaben viel zu klein. Der allergrößte Teil des Haushalts sind Pflichtaufgaben, Personal und Umlagen. Bund und Land beschließen Aufgaben, der Kreis reicht seine Kosten weiter. Und am Ende der Kette stehen wir.

Trotzdem haben wir uns in die Haushaltsberatungen mit ca. 20 Anträgen eingebracht. Dabei leiten uns zwei Prinzipien.

Erstens: Wir dürfen nicht nur darüber diskutieren, wie wir den Mangel möglichst gerecht verteilen, an wem wir noch sparen und wem wir noch etwas wegnehmen können. Wir müssen darüber reden, wie Mettmann wieder zu mehr Wohlstand kommt. Also: Neue Einnahmen statt Luftbuchungen. Das Bürgerenergiegesetz sichert uns dauerhafte Einnahmen aus Windkraft und

Photovoltaik. Beim Windpark sind das laut Investor rund 65.000 Euro im Jahr, bei der Agri-PV-Anlage laut der Präsentation „Sonnenernte“ rund 38.000 Euro. Dazu käme Photovoltaik auf städtischen Dächern, was dauerhaft Energiekosten senkt. So bleibt Geld in Mettmann, das heute nach außen fließt.

Zweitens: Wer Kosten verursacht, soll sie auch tragen. Das ist ja das, was wir vom Bund verlangen! Durchgesetzt haben wir, dass sich Investoren künftig an den Infrastrukturfolgekosten neuer Bauvorhaben beteiligen. Weitere Anträge nach diesem Prinzip wurden abgelehnt oder sind noch nicht entschieden:

- Zweckentfremdungssatzung – wer dem freien Wohnungsmarkt Wohnraum entzieht, soll sich bitte auch finanziell beteiligen
- städtische Geschwindigkeitsmessung – wer die Sicherheit und Aufenthaltsqualität mindert, muss zur Verantwortung gezogen werden
- Verpackungssteuer
- Anwohnerparken ausweiten.

Der Bürgermeister hat seinen ersten Haushalt erst im April dieses Jahres statt im letzten Dezember vorgelegt, mit der Begründung, er wolle große Effizienzen heben. Gekommen sind kleine Maßnahmen, meist ohne Zahlen dran. Und die Tabelle im Sicherungskonzept ist im Oktober noch genau dieselbe wie im April. Auch Fehler, die wir gemeldet haben, sind nicht korrigiert.

Aber wir sagen auch: Die Zeit, in der sich Fraktionen mit einzelnen Sparvorschlägen profilieren können, ist eindeutig vorbei. Das gilt für alle hier auf dem Podium – auch für uns. Wir ringen um Pfennigbeträge, und seit dem Sommer flattern mal eben sieben bis neun Millionen Euro zusätzliches Defizit herein – pro Jahr!

Und ganz ehrlich: Sie alle hier haben ein Recht darauf zu wissen, was auf Sie zukommt. Nicht jedes halbe Jahr eine neue Hiobsbotschaft. Wir brauchen eine größere Lösung. Eine tragfähige Strategie, die uns durch die nächsten Monate und Jahre führt. Diese Strategie müssen Politik und Verwaltung gemeinsam erarbeiten und tragen.

Fazit: Sparen allein ist keine Strategie, die Mettmann nach vorne bringt

Frage 4: Abschlussfrage mit kurzer Antwort: Wie hoch müsste nach Einschätzung Ihrer Fraktion die Grundsteuer B liegen, damit Mettmann im Jahr 2036 einen ausgeglichen Haushalt ausweisen kann?

Die Frage tut so, als könne die Grundsteuer allein den Haushalt ausgleichen. Genau das halten wir für falsch. Im Sanierungskonzept des Bürgermeisters sehen wir zwei grundlegende Fehler.

Der erste Fehler: Ein Sicherungskonzept mit genau einer Antwort: der Grundsteuer. Das ist bequem - aber ungerecht. Die Grundsteuer ist eine Säule unserer Einnahmen, aber nicht die

einzige. Und noch mal, die Erhöhung der Grundsteuer liegt NICHT an den Investitionen. Das Defizit entsteht am Ende der Kette, bei Pflichtaufgaben und Umlagen, nicht beim Masterplan.

Der zweite Fehler: Die Erhöhungen kommen zu spät und dann mit Wucht. Erst gar keine Erhöhungen und dann fast eine Verdreifachung – zufällig kurz nach der nächsten Kommunalwahl! Das ist keine Strategie. Das ist eine pure Drohkulisse.

Wir haben nachgerechnet, und zwar zahlreiche Varianten. Das Ergebnis ist eindeutig: Fast jede Variante, die 2036 den Ausgleich schafft, ist besser als die, die der Bürgermeister uns vorgelegt hat. Der Hebesatz liegt niedriger, die Überschuldung kommt später, und die Stadt hat am Ende deutlich weniger Schulden. Selbst wenn man ausschließlich über die Grundsteuer gehen würde, aber früh und jährlich erhöht, erzielen wir bessere Zahlen als der Bürgermeister. Nutzt man zudem mehrere Einnahme-Säulen, liegt man noch deutlicher darunter.

Stellen Sie sich eine Rentnerin hier in Metzkausen vor, in einer 60 qm Wohnung. Heute zahlt sie rund 370 Euro Grundsteuer im Jahr. Nach dem Plan des Bürgermeisters wären es irgendwann fast 1.100 Euro. Das ist kein Rechenbeispiel, das ist ihre Rente. Genau deshalb wollen wir Schritte, die diese Rentnerin leisten und einplanen kann.

Unser Fazit: Lieber früh und moderat, Jahr für Jahr, als später mit Riesensprüngen. Um dafür zu werben haben wir in Absprache mit der SPD schon vor Monaten alle demokratischen Fraktionen an einen Tisch geholt – fast alle sind gekommen, aber eben nicht alle. Vielleicht müssten wir dann heute hier gar nicht 7 verschiedene Sichtweisen diskutieren, sondern könnten einen gemeinsamen Plan präsentieren, wie wir Mettmann aus diesem Schlamassel rausholen.